

GEZ-Revolution: Steigt der Rundfunkbeitrag 2025 um 58 Cent?

Der Artikel beleuchtet die aktuellen Diskussionen zur GEZ-Gebühr und mögliche Erhöhungen ab 2025. Bürger äußern Kritik.



Die Diskussion um die GEZ-Gebühr nimmt eine neue Wendung. Laut einem Bericht von Berlin Live steht eine grundlegende Reform an, die die Zustimmung der Bundesländer zur Erhöhung des Rundfunkbeitrags kippen könnte. Statt einer obligatorischen Genehmigung müssen die Länder künftig nur dann aktiv werden, wenn sie Widerspruch gegen Vorschläge der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) einlegen. Dies bedeutet, dass eine Erhöhung direkt in Kraft tritt, wenn keine Einwände aus den Bundesländern kommen. Kritiker hegen Bedenken zu dieser Regelung: Unter anderem stellt sich die Frage, warum die Länder ihre Befugnisse so leichtfertig abgeben, wie einige Leser in den Kommentaren auf Berlin Live anmerken. „Könnte dies zu einer Selbstbedienung der Sender

führen?“ fragen sie besorgt. Diese neue Regelung, die der finanziellen Ausstattung der Öffentlich-Rechtlichen dienen soll, wirft mehr Fragen auf, als sie beantwortet.

Aber auch die finanzielle Seite bleibt nicht uncontrover. Zum 1. Januar 2025 könnte der Rundfunkbeitrag von derzeit 18,36 Euro um 58 Cent auf 18,94 Euro steigen, wie Fachleute von fr.de berichten. Diese Erhöhung wird von der KEF empfohlen und muss von den Bundesländern beschlossen werden. Die entscheidungsbefugten Länder haben jedoch noch nicht endgültig entschieden, ob die angebliche Erhöhung tatsächlich umgesetzt wird. Im Falle einer Verzögerung müssen die Sender möglicherweise erneut vor das Bundesverfassungsgericht ziehen, um ihre Finanzierungsmodelle zu sichern. Bis jetzt haben die Bundesländer, die die Höhe des Beitrags im Rahmen eines Staatsvertrags bestimmen, noch nicht offiziell zugestimmt. Der Druck auf die Verantwortlichen wächst angesichts der hohen finanziellen Anforderungen der Rundfunkanstalten und der damit verbundenen Anpassungen.

Gesamtfinanzen im Blick

Im Jahr 2022 erzielten ARD, ZDF und Deutschlandradio durch die GEZ-Gebühr Gesamterträge von rund 8,6 Milliarden Euro. Doch die Situation ist angespannt, da etwa 3,2 Millionen Beitragskonten sich in Verzug oder Vollstreckung befinden. Während die Digitalisierung und der Wettbewerb mit Streaming-Anbietern zunehmen, bleibt abzuwarten, wie die Bundesländer die Notwendigkeit einer Beitragsanpassung und die sich daraus ergebenden finanziellen Folgen für die öffentlich-rechtlichen Sender bewerten werden. Die Diskussion um die angemessene Höhe des Rundfunkbeitrags ist damit aktueller denn je, und die Bürger dürften mit Argusaugen verfolgen, wie sich das Ganze entwickelt.

Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.berlin-live.de• www.fr.de
----------------	---

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de